

Bethge AG will Ende Jahr schliessen

Betroffen sind rund 30 Mitarbeitende. Zum Aus führten laut dem Unternehmen vor allem die massiv gestiegenen Energiekosten.

Die Zofinger Textilveredlerin Bethge AG prüft die Einstellung ihrer Tätigkeit auf Ende 2023. Somit würde eine nahezu 190-jährige Firmentradition zu Ende gehen. Das teilte das Unternehmen am Dienstag nachmittag mit.

«Mit diesem Schritt kann das Unternehmen einen kontrollierten Marktrückzug vollziehen und seiner Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden, Lieferanten sowie Kunden gerecht werden», heisst es in einer entsprechenden Medienmitteilung. Ein entsprechendes Konsultationsverfahren sei eingeleitet worden. «Für die betroffenen Mitarbeitenden werden, wenn erforderlich, mit externer Unterstützung, adäquate Anschlusslösungen gesucht.»

Vor allem Energiekosten führten zum Aus

Das Zofinger Traditionsunternehmen wurde im Jahr 1834 gegründet. 1871 erwarben die beiden Brüder Ferdinand und Eduard Bethge das heutige Firmengrundstück und das Färbereigebäude in der Gemeinde Mühlethal, heute ein Gemeindeteil von Zofingen.



Die Zofinger Bethge AG wird Ende 2023 aller Voraussicht nach geschlossen.

Bild: schwe

«Im Laufe der Jahre passte sich das Unternehmen immer wieder erfolgreich den Herausforderungen des Marktes und der Wirtschaft an. Nebst den normalen unternehmerischen Aufgaben galt es auch immer wieder, besondere Ereignisse zu meistern», schreibt das Unternehmen weiter. Die Bethge AG war beim Unwetter vom 8. Juli 2017 besonders stark betroffen;

das ganze Areal stand unter Wasser. Dies führte zu einem Totalschaden – und die Diskussion über das Aus der Firma stand schon damals im Raum. «Aufgeben war trotzdem keine Option. Die Ärmel wurden hochgekrempt und der komplette Maschinenpark neu aufgebaut. So konnte im Jahre 2019 der normale Betrieb wieder aufgenommen werden.»

Allerdings habe die Covid-Pandemie und deren Folgen auch vor der Firma Bethge nicht haltgemacht. «Nach der Pandemie schien sich die Auftragslage wieder zu verbessern. Mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine sank die Verfügbarkeit der Rohstoffe enorm und die Preise stiegen», heisst es in der Pressemitteilung weiter. «Trotzdem, der Betrieb wurde umstrukturiert, und die Auftragseingänge nahmen zu. Der modernste Textilveredler Europas erhielt immer mehr Kundenanfragen und durfte mit neuen Kunden zusammen neue Produkte und neue Verfahren entwickeln. Und doch, durch den massiven Anstieg der Energiekosten, ohne Aussicht auf einen Gegentrend, ist eine wirtschaftliche Fortführung des Betriebes chancenlos.»

«Für alle rund 30 Mitarbeitenden wird gesorgt.»

Verwaltungsrat Bethge AG
Pressemitteilung

Dies führe dazu, dass die Bethge AG eine Betriebschliessung per Ende 2023 ins Auge fassen müsse.

Unternehmen will Verantwortung wahrnehmen

«An der heutigen Mitarbeiter-Information wurde die Belegschaft durch den Verwaltungsratspräsidenten Dr. Guido Fischer und die Geschäftsführerin Brigitta Mettler über die Absicht der Betriebschliessung informiert und das Konsultationsverfahren wurde umgehend eingeleitet.» Das Unternehmen werde seine soziale Verantwortung wahrnehmen: «Dem Verwaltungsrat, insbesondere dem Präsidenten Herrn Dr. Guido Fischer, welcher zur Gründerfamilie gehört, wie auch der Geschäftsleitung ist es enorm wichtig, dass für alle rund 30 Mitarbeitenden gesorgt wird. Im Falle einer Schliessung wird eine professionelle externe Unterstützung für die Stellensuche zur Verfügung gestellt.» Die Kunden würden bei der Suche nach Ersatzdienstleistern unterstützt. «Und wir sind selbstverständlich bereit, den notwendigen Support für den Transfer von Fachwissen zu leisten.» (pd/zt)

Nationalrat Andreas Glarner: «Welche Täler wollen Sie fluten?»

Am Dienstag fand im Bildungszentrum Zofingen eine hitzige Podiumsdiskussion zum Klima- und Innovationsgesetz statt.

Rafaël Hüsey

«Es ist wichtig, dass wir das Klima- und Innovationsgesetz umsetzen, denn wir leben momentan auf Kosten der Länder, die jetzt schon unter der Klimakrise leiden», sagt Christina Bachmann-Roth, Präsidentin der Mitte Frauen Schweiz. Andreas Glarner, Nationalrat SVP Kanton Aargau, kontert sofort: «Die Gletscherinitiative war ein Etikettenschwindel von Links-Grün und das aktuelle Gesetz frisst Strom wie Anton.» Die saloppe Aussage führte zu Lachern unter den Lernenden im Bildungszentrum Zofingen. Während Sarah Regez, Vorstandsmitglied der JSVP im Kanton Basel-Land, den Grünen Greenwashing unterstellt, gibt Peter Wehrauch, Vorstandsmitglied der Jungen Grünen Aargau, zu Bedenken, die Schweiz hätte sich durch das Pariser Klimaabkommen zu Netto Null verpflichtet. Das müsse jetzt auch umgesetzt werden. Die Diskussion wird hitziger, bleibt aber fair – was nicht zuletzt Raffael Von Arx vom Verein Discuss it zu verdanken ist. Er moderiert die vom Verein organisierte Podiumsdiskussion.

Christina Bachmann-Roth und Peter Wehrauch argumentieren auch mit der breiten Zustimmung in der Bevölkerung. Wirtschaft, Wissenschaft und auch die Bauern seien für das Gesetz. Dem widerspricht Andreas Glarner: «Der Bauernverband mag dafür sein. Die Bauern selbst konnten sich aber



Von links nach rechts: Peter Wehrauch (Junge Grüne), Christina Bachmann-Roth (Mitte Frauen), Andreas Glarner (SVP), Sarah Regez (JSVP), Raffael Von Arx (Moderator) und Rafaël Hüsey (Fachschäftsvorsteher Allgmeinbildung BZZ).

Bild: Rafaël Hüsey

nicht dazu äussern.» Ausserdem müssten, um das Gesetz umzusetzen, zusätzliche Stauseen errichtet werden, wofür Täler geflutet werden müssten. Glarner fragt ganz direkt: «Welche Täler wollen Sie denn fluten?» Bachmann-Roth kontert, es müsse kein Tal geflutet werden, schliesslich gäbe es neben der

Wasserkraft auch noch die Solar- und Windenergie.

Die Lernenden beteiligten sich rege an der Diskussion

Etwas länger als eine Stunde diskutieren die vier Politikerinnen und Politiker miteinander. Zwischendurch stellen die Lernenden immer wieder Fragen. Ein

junger Mann möchte etwa wissen, weshalb nicht auf bestehende Technologien, wie die Atomkraft, gesetzt werde, um die Energiesicherheit zu gewährleisten. Peter Wehrauch argumentiert dagegen mit der langen Bauzeit für ein Atomkraftwerk. Mit circa 30 Jahren müsse man rechnen. «Ausserdem hat

die Bevölkerung dem Atomausstieg zugestimmt, die Atomkraft ist gefährlich und Endlager zu finden sehr schwierig», ergänzt Christina Bachmann-Roth.

Jemand anderes möchte gerne wissen, ob es eine Lösung für die Menschen in ärmeren Ländern gibt, die unter extrem schlechten Bedingungen bei-

«Die Schweiz hat sich im Pariser Klimaabkommen zu Netto Null verpflichtet.»

Peter Wehrauch
Vorstandsmitglied
Junge Grüne Aargau

spielsweise Batterien für Elektroautos produzieren. «Momentan gibt es leider keine einfache Lösung für dieses Problem», so Bachmann-Roth. «Hier hätte die Konzernverantwortungsinitiative, die an der Urne leider abgelehnt wurde, viel bewirken können.»

Nach der Podiumsdiskussion gab es für alle Politikerinnen und Politiker noch die süsse Zofinger Spezialität «Bsetzistei» und die Lernenden konnten an einer Umfrage teilnehmen – würden sie dem Gesetz zustimmen oder nicht? Im Gegensatz zu der ersten SRF-Trendumfrage, bei der 72 Prozent der Befragten ein Ja in die Urne legen würden, lehnten rund 81 Prozent der Lernenden das Gesetz ab. Ob die Stimmberechtigten das Klima- und Innovationsgesetz annehmen oder ablehnen, wird sich nach einem durchaus hitzig geführten Abstimmungskampf am 18. Juni entscheiden.